

## **Stellungnahme zum Antrag**

**Nr. AT/0008/2016**

Beratung im **Stadtrat** am **28.01.2016**, TOP öffentliche Sitzung

**Betreff: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

### **Stellungnahme/Antwort:**

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz hat in einer Pressemitteilung vom 20.01.2016 erklärt, dass in Kürze die Rahmenvereinbarung über die „Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge“ zwischen dem Ministerium und den gesetzlichen Krankenkassen unterzeichnet werden soll. Nach der Unterzeichnung haben alle Landkreise und kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz die Gelegenheit der Rahmenvereinbarung beizutreten und hierdurch die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber einzuführen. Die Rahmenvereinbarung regelt die Kostenerstattung für die gesetzlichen Krankenkassen, die als Dienstleister für die Kommunen tätig werden. Dafür ist von den Kommunen eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 8 % der entstandenen Leistungsaufwendungen, mindestens jedoch 10 Euro pro angefangenem Betreuungsmonat je Leistungsberechtigten, an die gesetzlichen Krankenkassen zu zahlen.

Die Kommunalen Spitzenverbände (Städtetag Rheinland-Pfalz und Landkreistag Rheinland-Pfalz) haben mit Schreiben vom 21.01.2016 erklärt, dass ein Beitritt zu der angekündigten Rahmenvereinbarung nicht empfohlen werden kann.

Die Sache ist derzeit noch nicht entscheidungsreif. Erst wenn der Stadtverwaltung Koblenz die unterzeichnete Rahmenvereinbarung vorliegt, können von dem zuständigen Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales die Vor- und Nachteile, insbesondere die für die Kommune entstehenden Kosten, geprüft werden. Im Anschluss daran sollte dann eine Entscheidung des Stadtrates erfolgen. Der vorliegende Antrag kann daher von der Verwaltung nicht befürwortet werden.

### **Beschlussempfehlung der Verwaltung:**

Das Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales wird beauftragt nach Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung über die „elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber“ die Vor-

und Nachteile der Einführung einer solchen Gesundheitskarte für die Stadtverwaltung Koblenz zu prüfen. Im Anschluss daran erfolgt eine Beschlussvorlage an den Stadtrat.